



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald

**März
2026**

Guten Tag!

In diesem Jahr führen DGB-Gewerkschaften Tarifverhandlungen in der Chemischen Industrie im Einzelhandel und der Metall- und Elektroindustrie für ca. 10 Millionen Beschäftigte. Die Aussichten auf gute Abschlüsse sind in Krisenzeiten nicht optimal. Immer mehr Firmen verabschieden sich aus der Tarifbindung, um Lohnkosten zu senken und damit ihre Profite zu sichern, oder die Gunst der Stunde nutzend, zu erhöhen.

Der DGB, auch hier im Odenwald, tritt dieser Entwicklung mit Plakaten „Tarif. Gerecht für Alle.“ entgegen, wie man auf einem Foto der Gruppe des Gersprenztals sehen konnte. Tarifverträge in den Betrieben müssen natürlich eine Grundforderung von Gewerkschaften sein. Da aber bekanntlich keine sozialen Geschenke von der Kapitalseite zu erwarten sind, braucht es starke, kämpferische Gewerkschaften um solche Forderungen durchzusetzen. Wünsche von Gewerkschaften, die das Kämpfen verlernt haben, helfen da wenig. So bleibt es bei Schaufensteraktionen, die zum Scheitern verurteilt sind. Der Fisch fängt bekanntlich am Kopf zu stinken an, und das kann man auch in den Gewerkschaften feststellen. Die Gewerkschaftsfunktionäre üben sich in Sozialpartnerschaft und wünschen sich dadurch Zugeständnisse von der Gegenseite. Mit Ausdauer kämpfen ist nicht ihre Sache. Dass dies nicht funktioniert,

**TARIF.
GERECHT.
FÜR ALLE.**

kann man seit Jahren beobachten, wenn beschlossene Streikaktionen vorzeitig durch faule Kompromisse abgewürgt wurden, und die Reallöhne kontinuierlich hinter der Produktivität zurück blieben. Kampfbereite Kolleginnen und Kollegen wurden dadurch entmutigt und geschwächt. Jetzt, in der laufenden Wirtschaftskrise, treten diese Schwächen und Versäumnisse offen zutage. Wer vor Verlust seines Arbeitsplatzes steht, ist kaum für Arbeitskämpfe zu gewinnen. Rettung soll die Rüstungsindustrie bringen. Alte gewerkschaftliche Weisheiten, welche Klasse letztendlich die Opfer in diesem Aufrüstungs- und Kriegskurs erleiden wird, scheinen vergessen. An der Seite der Kapitalistenklasse haben die Beschäftigten nichts zu suchen und nichts zu gewinnen.

Mit dem DGB und seinen Einzelgewerkschaften ist eine Umkehr nicht zu erwarten, da die Funktionäre zu stark in den SPD-Apparat verquickt sind, der an den meisten Regierungskoalitionen der letzten Jahrzehnte beteiligt war. Diese Regierungen haben zu verantworten, dass Sozialsysteme ausgehöhlt (Agenda 2010 und Riester) und Rentenkassen geplündert wurden. Löhne und Gehälter wurden bewusst ausgebremst, um durch niedrige Lohnstückkosten die deutsche Exportwalze anzutreiben. Diese Entwicklung geht gerade ihrem Ende entgegen, und den Gewerkschaften fehlt ein Konzept.

Robert Weber

Erst dicke Backen – dann ist die Luft raus!

So kann man Gewerkschaftern auch das Kämpfen abgewöhnen. Immer das gleiche Ritual in den Gewerkschaftsspitzen! Erst werden gut begründete Forderungen aufgestellt, um einen angemessenen Anteil an der stetig steigenden Produktivität und zum Ausgleich der Inflation zu erkämpfen. Mit 7 Prozent mehr Gehalt, mindestens jedoch 300 Euro monatlich zur Stärkung der unteren Entgeltgruppen gingen die Gewerkschaften ver.di, GEW, DBB, GdP und IG BAU in die Tarifverhandlungen bei einer Laufzeit von 12 Monaten. Wenn man jetzt das Ergebnis von 5,8 Prozent, die lange Laufzeit von 27 Monaten sowie die 5 Leermomente seit dem Auslaufen des Vertrags am 31. Oktober 2025 einrechnet, bewegt sich das Ergebnis bei etwa 2 Prozent. Bei einer Inflationsrate von ebenfalls 2 Prozent ist praktisch nichts gewonnen.

P. J. Bosse

Joschka Fischer will die europäische Atombombe – eine Politik im Geiste des Militarismus

Ein Pazifist war der militante Straßenkämpfer und spätere grüne Außenminister Josef Fischer nie. Aber zu der Zeit, als die Grüne Partei noch fester Bestandteil der Friedensbewegung war, wäre solch ein Wunsch nie über seine Lippen gekommen. Jetzt will er die Atombombe und wäre auch ein Mann für die Bundeswehr: „Als junger Mann würde ich mich freiwillig melden. Die Zeit ist eine andere. Wir werden bedroht. Wir müssen uns verteidigen.“ Das hat Joschka Fischer in einem Tagesspiegel-Interview am 29.1.2026 gefordert.

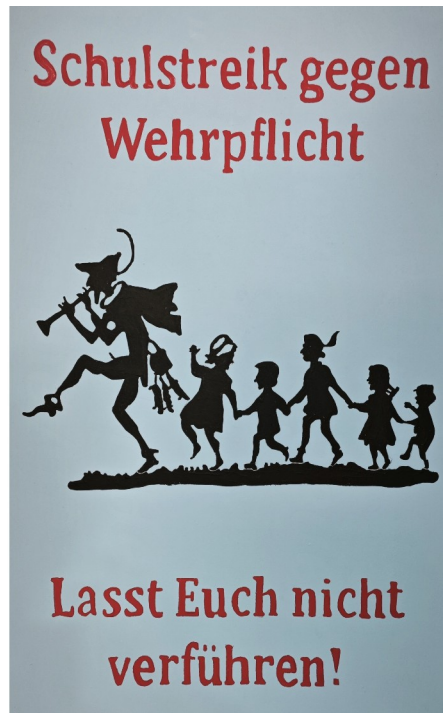
Mit dieser Forderung dokumentiert der 77-jährige exemplarisch, wofür die Politik der Grünen steht: Für Aufrüstung und Kriegstüchtigkeit.

R. Weber

Möchten kein Kanonenfutter werden

Mit Streiks an deutschen Schulen wehren sich Schülerinnen und Schüler gegen die Wiedereinführung der Wehrpflicht jetzt zum zweiten Mal. Bereits am 5. Dezember 2025 hatten bundesweit 55.000 Jugendliche mit Schulstreiks ein deutliches Zeichen gegen Wehrpflicht, Aufrüstung und Kriegsvorbereitung gesetzt. Eltern, Großeltern und Freunde sind aufgefordert, sich solidarisch für eine friedliche Zukunft von Kindern und Enkeln einzusetzen. Dazu ist am 5. März 2026, ab 9:30 Uhr, auch auf dem Lindenplatz in Michelstadt Gelegenheit.

Die **DKP im Odenwald** unterstützt die Forderungen der Jugendlichen.



Militarismus hat in Deutschland Tradition

Wer denkt, die Zeiten des deutschen Militarismus seien vorbei, wird gerade eines Besseren belehrt. Deutschland will wieder zur stärksten Militärmacht (Friedrich Merz) in Europa werden und opfert dafür den Sozialstaat. Wir alle erleben die Mängel, die dadurch entstehen am eigenen Leib. Wenn das Geld in die Aufrüstung fließt, dann fehlt es dort, wo es uns allen gut täte, bei der ärztlichen Versorgung, bei sanierten Schulen samt genügend Lehrern, funktionierender Infrastruktur, wie Bahn, Post, Straßenbau etc..

Das hat der „christliche“ Kanzler aller Deutschen aber nicht im Sinn. Um deutsche Großmachtziele durchzusetzen, schürt er gemeinsam mit den Systemmedien täglich das Feindbild Russland. Solange dieses Feindbild funktioniert, knallen in der Rüstungsindustrie die Champagnerkorken. Schon zwei Mal, 1918 und 1945, ging diese Feierlaune krachend in die Hose. Ein drittes Mal, im Zeitalter der Atombombe, stehen die Aussichten schlecht wie nie!

G. Janske

Das war eine Meisterleistung

Der ehemalige Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und sein Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne), mittlerweile weitgehend vergessen, haben uns zielsicher aus der Abhängigkeit von russischem Gas und Öl geführt.

Aus der angeblichen Energieabhängigkeit von Russland ist eine Abhängigkeit von den USA geworden, die um das Mehrfache teurer ist. Das transatlantisch eingestellte politische Spitzenpersonal in Deutschland riskiert mit seiner blinden Fixierung auf die USA den Wohlstand immer weiter und wird dabei von zahlreichen „Qualitätsmedien“ unterstützt. Die neue US-Sicherheitsstrategie macht jetzt deutlich, dass die USA bereit sind, die EU und Deutschland wie eine heiße Kartoffel fallen zu lassen. Aber können Vasallen das wirklich erkennen?

I. Blümmel

***V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt
E-Mail reinhold.fertig@mail.de***